



In den vergangenen Monaten hat die NPD-Fraktion wieder zahlreiche Initiativen zur sofortigen Besserstellung von Hartz-IV-Empfängern eingebracht.

Seite 2



EU = Europas Unglück: wieder einmal wurde die Heringsfangquote für unsere Fischer von der EU gekürzt. Die Blockparteien nehmen das ohne Gegenwehr hin.

Seite 3



Anpassungspflicht zu Lasten der Kleingärtner in unserem Land. Die NPD solidarisiert sich auch im Landtag mit den Gärtnern und Laupenpiepern.

Seite 4

Ausgabe 11 / Jahrgang 2011

Der Ordnungsruf

Mitteilungsblatt der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern

www.npd-fraktion-mv.de

KOMMENTAR



Liebe Landsleute,

die schlimmen Ereignisse in Japan berühren auch in Mecklenburg-Vorpommern viele Bürger. Nicht nur, daß das japanische Volk gleich zwei Naturkatastrophen heimgesucht hat. Japan erlebt zudem eine atomare Katastrophe. Ist so etwas auch bei uns möglich? In dieser Situation erwarten die Bürger zu Recht, daß die Politik in Deutschland verantwortungsvoll und besonnen agiert. Leider werden die großen Parteien diesem Anspruch nicht gerecht, sondern schlachten stattdessen dieses Unglück mit seinem unermeßlichen Folgen parteipolitisch und stimmen-gewinnend aus.

Da ist einerseits die schwarz-gelbe Bundesregierung, die vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik steht, bei der gerade die Energiekonzerne immer die Gewinner sind. Auf der anderen Seite sind SPD und Grüne, die – noch bis 2005 in der Regierungsverantwortung – dem Treiben der Energiekonzerne auch nichts entgegengesetzten. Und die Linke? Ihre Vorgängerpartei SED hat 40 Jahre umweltfeindliche Politik zu verantworten.

Warum haben diese Parteien nicht dafür Sorge getragen, daß die Energieversorgung wieder in die Handlungshoheit der Politik zurückkehrt, so wie es die NPD seit Jahrzehnten fordert? Statt dessen haben es die Regierungen in der Bundesrepublik zu verantworten, daß der Energiemarkt dermaßen liberalisiert wurde, daß heute kaum noch jemand die Verflechtungen durchschaut. Diese Verflechtungen sind auch für die unberechenbaren Energiepreise verantwortlich.

Eine energiepolitische Wende zum Wohl unseres Volkes muß endlich her!

Ihr Stefan Köster
Parlamentarischer Geschäftsführer



Den Modernen Sklavenhandel

endlich stoppen!

GLEICHES GELD FÜR GLEICHE ARBEIT

Sie knüppeln wie ihre Kollegen, nehmen oft weite Fahrwege in Kauf und leben dennoch in ständiger Unsicherheit. Sondervergütungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie Prämien oder Zuschläge für Schicht-, Mehr-, Wochenend- und Feiertagsarbeit erhalten sie häufig nicht.

Diente Leiharbeit anfänglich der Überbrückung von Personalengpässen und der Bewältigung von Auftragsspitzen, hat sie sich in immer stärkerem Maße zu einem modernen Sklavenhandel entwickelt.

Zur gängigen Praxis gehört es u. a., Stammbesellschaften mit gut qualifizierten Arbeitnehmern auszuünnen, um diese dann zu deutlich schlechteren Konditionen wieder einzustellen. So erhalten die ursprünglich unbefristet

angestellten Fachkräfte bis zu 900 Euro weniger als unqualifizierte Festangestellte.

Die Zeit- und Leiharbeit, wie sie heute praktiziert wird, ist genauso wie Hartz-IV ein Produkt der Sozialdemokraten, deren jetzige Landes-

sozialministerin überall soziale Mißstände kritisiert, die Verantwortung ihrer eigenen Partei aber zu gerne unterschlägt. Es war die SPD unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, die gemeinsam mit den Grünen das „Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeits-

markt“ (Hartz I) beschlossen. Zugleich fügten sie ins Arbeitnehmer-Überlassungsgesetz eine Klausel ein, die die Abweichung vom Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durch eigenständige Tarifverträge für Zeitarbeiter erst möglich machte.

Grund genug für die NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern eine parlamentarische Initiative zu starten, um die Ausbeutung der Leiharbeiter zu beenden.

DIE NPD-FRAKTION FORDERT:

▶ Leiharbeiter sind nach spätestens sechs Monaten in eine Festanstellung zu übernehmen.

▶ Das Synchronisationsverbot muß wieder eingeführt werden, damit Zeitarbeiter künftig nicht mehr nur so lange zu be-

schäftigten sind, wie sie beim „Kunden“ eingesetzt werden.

▶ Das Prinzip „Gleicher Lohn bei gleicher Qualifikation und Ausbildung“ muß ohne Ausnahme durchgesetzt werden. Abweichungen von diesem Prinzip durch gesonderte Flächen- und Haus-

tarifverträge sind unmöglich zu machen.

▶ Unternehmen, die regelmäßig über einen längeren Zeitraum Leiharbeiter beschäftigen, ohne diese in Festanstellung zu übernehmen, sind mit einer Sonderabgabe zu belegen.

▶ Die Branche der Zeit- und Leiharbeit ist in den Geltungsbereich des Arbeit-

nehmer-Entsendegesetzes aufzunehmen.

▶ Für Leiharbeiter ist ein Branchen-Mindestlohn einzuführen, der mit dem für festangestellte Arbeitnehmer vergleichbar ist. Mittelfristig ist auf die Einführung eines branchenunabhängigen, gesetzlichen Mindestlohns hinzuwirken, der dann den Zeit- und Leiharbeitssektor mit einschließt.

KEINE ATOMKRAFTWERKE IN DER REPUBLIK POLEN!

Die Atomkatastrophe in Fukushima in Japan hat endgültig den Beweis erbracht, daß die Atomtechnologie technisch nicht beherrschbar ist. Aus den Katastrophen von Tschernobyl und Harrisburg wurden leider nicht die richtigen Konsequenzen gezogen.

In der letzten Landtags-sitzung brachte die NPD-Fraktion einen Antrag ein, wonach die Landesregierung aufgefordert wurde sich unverzüglich mit den Behörden in Polen ins Benehmen zu setzen, um den dort geplanten Bau von vier neuen Atomkraftwerken zu stoppen. NPD-Fraktionschef Udo Pastörs sagte dazu:

„Es nutzt überhaupt nichts, wenn nur in Deutschland Atomkraftwerke stillgelegt werden, jedoch in Europa weiterhin auch mit deutschem Geld neue Atomkraftwerke errichtet werden. Der Bau von neuen Atomkraftwerken, gerade in der unmittelbaren Nachbarschaft zu Mecklenburg und Pommern stellt eine enorme Gefahr für Leib und Leben der Menschen und der gesamten Natur dar. Da Polen erhebliche Transferleistungen in Milliardenhöhe vom deutschen Steuerzahler über den Umweg



der EU erhält, kann es nicht angehen, daß Polen uns jetzt vier Atomkraftwerke vor die Nase setzen will. Notfalls muß den Polen der Geldhahn abgedreht werden, sonst könnte uns der Atomtod aus der polnischen Republik drohen. Der schnellstmögliche Einstieg in eine Energiewende muß jetzt in ganz Europa stattfinden.“

Die selbsternannten Demokraten haben im Landtag den zukunftsweisenden Antrag der Nationalen übrigens abgelehnt.



▶ Energiewende ganzheitlich einleiten!
▶ Atomstrahlen kennen keine Grenzen!

BEKENNTNIS ZUR PRESSEFREIHEIT

„Das Grundrecht, seine Meinung in Schrift, Bild und Ton zu äußern und zu verbreiten, ist in vielen Ländern alles andere als selbstverständlich. Die Pressefreiheit ist ein bedrohtes Gut, das immer wieder neu behauptet und verteidigt werden muß“, so Thomas Lenz, Staatssekretär im Innenministerium am 03. Mai 2010. Angesichts von jährlich mehr als 10.000 Verfahren in der Bundesrepublik Deutschland wegen angeblich politisch-rechtlich motivierten Propaganda- und Meinungsdelikten ein wahres Wort. Allerdings wird hierbei wieder einmal deutlich, wie weit Anspruch und Wirklichkeit in unserem Land auseinander liegen.

So hat das Innenministerium von Mecklenburg-Vorpommern offenbar wiederholt versucht, auf die Presseberichterstattung über die NPD direkten Einfluß zu nehmen. Einen besonders perfiden Versuch unternahm der Innenminister des Landes höchstpersönlich. Auf dem Landesmediatag des Deutschen Journalistenverbandes forderte er die anwesenden Medienvertreter indirekt dazu auf, nur noch begrenzt über die NPD zu berichten.

Nach Ansicht der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ hat sich die Pressefreiheit in Mecklenburg-Vorpommern zum Teil dramatisch verschlechtert. Dieses hängt nicht nur mit der wirtschaftlichen Konzentrierung auf dem Zeitungsmarkt zusammen, mit der Folge, daß wenige

Verlage den Zeitungsmarkt weitestgehend unter Kontrolle haben. Redaktionszusammenlegungen und unzumutbare Arbeitsbedingungen für Journalisten sind die Folge. So ist es auch nicht sonderlich verwunderlich, daß die Feststellungen der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ von den meisten Medien verschwiegen wurden.

Aber auch der Zugang zu den Behördeninformationen, so der Vorwurf, wird den Journalisten in MV massiv erschwert. Immer häufiger erwarten demnach Behörden Auskünfte zu den Rechercheunterlagen oder gar den Informanten, bevor sie Journalistenanfragen beantworten. Kritische Journalisten werden strikt Informationen vorenthalten.

Anlaß für die NPD-Fraktion hier parlamentarisch tätig zu werden. Der Parlamentarische Geschäftsführer der NPD-Fraktion dokumentierte in seiner Rede die Versuche der Einflußnahme, das seltsame Selbstverständnis der Medien, die ihrem eigenen Ehrenkodex nicht entsprechen und die Verlogenheit etablierter Politik, die von Meinungsfreiheit schwadroniert, während immer mehr Freiheitsrechte abgebaut werden. In seiner Gegenrede bemühte Dr. Ulrich Born (CDU) mal wieder das Dritte Reich und bemerkte dabei gar nicht, wie sehr die geistige Gleichschaltung gerade in der Bundesrepublik Deutschland vorangeschritten ist.

Wer hat Angst vor'm Wahl-O-Mat?



Beim Thema Wahl-O-Mat erleidet die „Demokratie auf Achse“ (ein Bildungsprogramm der Landeszentrale für politische Bildung) offenbar schon ein Achsenbruch, bevor der „Demokratie-Bus“ überhaupt angekerbelt wird und Fahrt aufnehmen kann. So einen „Bildungsbus“ gibt es in Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich und dieser zieht seit 2008 im Land seine Kreise!

Seit Jahren gehört der Wahl-O-Mat als Entscheidungshilfe des Wählers bei Wahlen auf Bundes- und Landesebene dazu und hat sich bereits millionenfach bewährt. Natürlich ist es kein Zufall, wenn ausgerechnet in jenen Bundesländern der Einsatz dieses Instrumentes plötzlich zum Politikum wird, wenn sich die Nationalen auf dem Vormarsch befinden, wie zum Beispiel in Sachsen-Anhalt, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern. Soviel Transparenz und Vergleichbarkeit der politischen Standpunkte ist dann doch eher gefürchtet als gewünscht.

Na, und wenn sich die Wählerinnen und Wähler in Mecklenburg und Pommern schon nicht über den Wahl-O-Mat informieren dürfen, gleichzeitig aber immer laut-

hals die Auseinandersetzung mit den Rechten gefordert wird, dann wäre im Landtag ja hierfür Gelegenheit gewesen. Aber Fehlannonce! Einen entsprechenden Antrag der NPD, den Wahl-O-Mat durch die Landeszentrale für politische Bildung doch noch anzubieten, wurde vom „demokratischen Block“ abgelehnt.

Alle sachlichen Argumente waren auf Seiten des NPD-Abgeordneten Stefan Köster, der in der Antrags-einbringung und in seinem zweiten Redebeitrag die Verlogenheit des etablierten Parteienkartells deutlich benannte. Stellvertretend für die „aufrechten Demokraten“ im Land, blieb es einem überforderten FDP-Abgeordneten vorbehalten, einmal zu erklären, warum der Wahl-O-Mat als Orientierungsinstrument nur dann gut ist, wenn die Positionen der NPD unberücksichtigt bleiben können. Er konnte es natürlich nicht. So blieb die Erkenntnis, nicht nur beim Wahl-O-Mat, auch im Schweriner Landtag haben die Nationalen wohl doch die besseren Argumente.



KRIMINELLE AUSLÄNDER RAUS

Die Kriminalität von Ausländern ist in unserem Land allgegenwärtig. Auch Mecklenburg-Vorpommern hat dieses Problem schon längst erreicht. Zuletzt wurde ein 50-jähriger auf dem Parkplatz „Selliner See“ an der Autobahn 20 von einem mutmaßlichen Osteuropäer brutal niedergeschlagen und ausgeraubt. Während die anderen Fraktionen den Mantel des Schweigens über das Problem Ausländerkriminalität hüllen, erreichen die NPD-Fraktion regelmäßig Hilferufe von Opfern krimineller Ausländer.

Immer häufiger sind Bürger kriminellen Ausländern schutzlos ausgeliefert. Aus diesem Grunde hat die NPD-Fraktion die Landesregierung aufgefordert, eine Initiative in den Bundesrat einzubringen, die darauf abzielt, daß Aus-

länder unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status, ihr Aufenthaltsrecht sowie alle Rechtsansprüche auf Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland verlieren, wenn sie schwerwiegende Straftaten begehen oder mißbräuchlich Leistungen der deutschen Sozialversicherungen oder staatliche Transferrleistungen bezogen haben. Und diese ureigenste NPD-Forderung nach Ausweisung krimineller Ausländer sorgte erwartungsgemäß für Stimmung im Landtag.

Die Antragseinbringung gelang dem Parlamentarischen Geschäftsführer der NPD-Fraktion, Stefan Köster, noch einigermaßen „unbeschadet“. Bei seiner geplanten Erklärungsrede auf die wirren und kaum zum Thema gehörenden Ausführungen des „Sozialdemokraten“ Dr. Gottfried Timm, drehte ihm die

Präsidentin erst das Wort und dann auch sicherheitshalber das Mikrofon ab. Den erteilten Ordnungsrufen folgte am Ende sogar noch der Saalverweis. Es blieb daher dem NPD-Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs vorbehalten, den versammelten Pseudodemokraten in den verbliebenen vier Minuten NPD-Redezeit den Spiegel vorzuhalten.

Dabei sind die Fakten erschreckend. Ausländer sind, gemessen am Verhältnis zu ihrer Anteil an der Bevölkerung, offiziellen Verlautbarungen zufolge etwa dreimal so häufig straffällig wie deutsche Tatverdächtige. Bei Jugendlichen und Heranwachsenden sogar etwa fünfmal so häufig.

25 Prozent aller Gewalttaten in Deutschland werden von Ausländern verübt. Bei Mord und Totschlag sind

etwa 30 Prozent der Tatverdächtigen Ausländer. Bei Vergewaltigung beträgt der Anteil der ausländischen Tatverdächtigen ebenfalls 30 Prozent. Bei Zuhälterei sind es gar fast 40 Prozent und bei Geiselnahme mehr als 70 Prozent. Fachleute gehen sogar noch von höheren Zahlen ausländischer Täter aus.

Ausländerkriminalität darf in Deutschland kein Tabu mehr sein. Und es bedarf wirksamer Mittel, um die Bürger in Deutschland vor kriminellen Ausländern zu schützen. Kriminelle Ausländer belasten zunehmend das Sozialsystem und stellen eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben der Bürger dar. Es ist daher im Interesse des deutschen Volkes geboten, diesen Zuständen zu begegnen und die Täter auszuweisen.

HARTZ IV = ARMUT PER GESETZ: Sofortige Besserstellung von Hartz IV-Empfängern!

Die NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hat es sich seit ihrem Einzug im Jahr 2006 zur Aufgabe gemacht, zu jeder Plenarwoche einen Antrag einzubringen, um eine Besserstellung für Landsleute zu erreichen, die auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind. Im Gegensatz zu den Parteien von CDU bis Die Linke, die ihr politisches Süppchen auf den Rücken von ALG II-Empfängern kochen und lediglich die Hartz IV-Armut verwalten wollen, zeigen die Nationalen seither deutlich auf, daß mit relativ wenigen Änderungen die bestehende unsoziale Rechtslage abgemildert werden könnte.

► In der November-Sitzung des Landtages brachte die NPD einen Antrag mit dem Ziel ein, daß die Verletztenrente nicht als Einkommen beim Arbeitslosengeld II angerechnet wird. Notwendig wird dies, weil die Verletztenrente aus der gesetzlichen Unfallversicherung für Hartz IV-Empfänger bis zur Höhe der Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz und nach Gesetzen, die dessen Anwendung vorsehen, als Einkommen angerechnet wird. Zu diesem Zweck sollte das Land Mecklenburg-Vor-

pommern eine Bundesrats-Initiative starten.

► In der letzten Sitzung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2010 forderte die nationale Fraktion beispielsweise eine Verdopplung des Freibetrages für notwendige Rücklagen auf 1.500 Euro. Momentan liegt der anrechnungsfreie Betrag von Schonvermögen bei 750 Euro je Hartz IV-Empfänger. Im Gegensatz zum Arbeitslosengeld I werden beim ALG II verbliebene Vermögensbestandteile wie Reserven auf dem Sparguth, Wertpapiere und ähnliches im Rahmen der Leistungsauszahlung angerechnet. Davon ausgenommen sind Freibeträge bei der Vermögensanrechnung – das sogenannte Schonvermögen.

► Im Januar 2011 forderte die NPD-Fraktion die SPD-CDU-Landesregierung zu einer Intervention auf Bundesebene auf, um die geplante Abschaffung der Rechtsfolgenbelehrung für ALG II-Empfänger abzuwenden. Nach wie vor sind Kürzungen bis hin zum vollständigen Entzug aller sogenannten Leistungen sehr schnell möglich. So war im Rahmen der Neuregelung des ALG II Anfang des Jahres eine Änderung erwogen worden,



MICHAEL ANDREJEWSKI
Landtagsabgeordneter und
Rechtsanwalt, der u.a. auch mit
Sozialberatungen schon vielen
Landsleuten helfen konnte.

die darauf hinaus lief, daß künftig keinerlei Rechtsfolgenbelehrung mehr notwendig wäre, um Hartz IV-Empfänger bei Pflichtverletzungen sanktionieren zu dürfen. Diese Belehrung gilt als eine zwingende Voraussetzung für ARGEN und „Jobcenter“, um Sanktionen in Form von Mittelkürzungen durchführen zu können.

► Erwerbsfähige Hilfsbedürftige, die das 15. Lebensjahr, jedoch noch nicht das 25. Lebensjahr vollendet haben, werden durch den Paragraphen 31 des Sozialgesetzbuches II bei der Verhängung von Sanktionen sichtlich schlechter gestellt. Die NPD-Fraktion sagt: Schluß mit ungerechtfertigten Sanktionen beim ALG II! Diese Schieflage wurde im März dieses Jahres

im Landtag thematisiert und sollte durch eine Bundesrats-Initiative der Landesregierung letztlich beendet werden.

Alle Vorstöße wurden gegen die Stimmen der sechs nationalen Volksvertreter vom Landtag abgelehnt. Der Umgang mit den NPD-Initiativen offenbarte ein ums andere Mal, daß die Parteien eines Systems, welches Hartz IV überhaupt erst hervorbrachte, nicht einmal willens sind, das Sozialgesetzbuch zu reformieren – geschweige denn Hartz IV abzuschaffen. Grund genug für den Juristen und NPD-Abgeordneten Michael Andrejewski, welcher in allen Fällen die Anträge begründete, den Bürgern auch weiterhin in NPD-Bürgerbüros Rechtsbeistand und Auskünfte zum Thema ALG II zu geben.

Raus aus dem Euro, rein in die neue DM!

In Anbetracht der akuten Euro-Währungskrise bekräftigten die Nationalen wiederholt ihre Forderung nach einem Euro-Ausstieg bei gleichzeitiger Wiedereinführung der DM.

Die Zeichen in Europa stehen auf Sturm: Nach Griechenland, Irland und Portugal drohen die nächsten Euro-Pleiteststaaten das Währungssprengstoffpaket zur finalen Explosion zu bringen.

Die EZB kauft munter Schrottpapiere an und versucht mit einer eiligen Kapitalerhöhung diese Aktion zu unterfüttern. Selbst Staatsanleihen von hochverschuldeten Ländern der Eurozone werden angekauft. Auch dieser

Ankauf der wertlosen Papiere über die Bilanz der Notenbank wirkt wie Geld drücken und führt zwangsläufig zur Geldentwertung. Durch die Aufgabe der Geldwertstabilität sollen offenbar die Schulden kontrolliert inflationiert werden. Ein gefährliches Spiel!

Derweil soll die Gesamthaftung Deutschlands für Europa per Transferunion oder Gemeinschaftsstaatsanleihen festgezurret werden. Zusätzlich soll ein Rettungsschirm in letztlich unbegrenzter Höhe retten, was langsam aber ziel-sicher in den freien Fall übergeht.

Und unbemerkt von der Öffentlichkeit und durch keinen Parlamentsbeschluss

gedeckt, hat die Deutsche Bundesbank an nationale Notenbanken anderer Eurostaaten kammheimlich 326 Milliarden Euro zusätzlich verliehen. Auch hier steht die Rückzahlung völlig in den Sternen. Das Haftungsrisiko Deutschlands erhöht sich von Monat zu Monat und hat Dimensionen angenommen, die nicht mehr zu verantworten sind. Es ist keine Frage mehr, ob das Währungsexperiment Euro scheitert, sondern lediglich der Zeitpunkt steht noch nicht fest.

Letztendlich zahlen in erster Linie die Bürger die Zeche. Die Inflation wird nahezu alle



Formen der Geldanlage entwerten. Auch Ansprüche an die Zukunft, wie Renten oder Leistungen aus Versicherungen werden dramatisch an Kaufkraft und damit an Wert verlieren.

Als einzige Fraktion im Schweriner Schloss fordert die NPD die Wiedereinführung der nationalen Währungsheftigkeit an. Der Bürger wird sich entscheiden müssen!



SCHÜTZT UNSERE KINDER!

► Im Kampf gegen Kindeswohlgefährdung und sexuelle Gewalt

Gerade in jüngster Zeit offenbaren schwere Kindesmissbrauchsfälle, verübt durch einschlägig vorbestrafte und staatlich überwachte Sexualstraftäter, die Ohnmacht des BRD-Justizsystems. Erinnerung sei hierbei an einen Fall von Kinderschändung in Neustrelitz, wo sich im August 2010 ein bereits zu Haftstrafen verurteilter, aber dann wieder entlassener Triebtäter erneut an einem minderjährigen Jungen vergangen hatte. Und dies, obwohl er unter staatlicher Führungsaufsicht stand und ein neuartiges Überwachungskonzept namens FoKuS („Für optimierte Sicherheit und Kontrolle“) Rückfälle

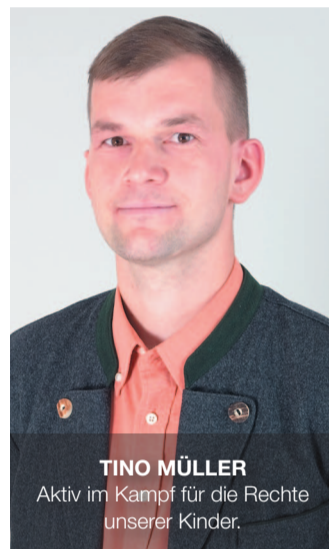
bzw. Wiederholungstaten von solchen „Bestien“ unmöglich machen sollte.

Dieses im April 2010 vom Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern eingeführte Kontrollsystem erwies sich jedoch als Trugschluß und dient in keiner Weise dem Schutz unserer Kinder. Aus diesem Anlaß forderte die NPD-Fraktion von der Landesregierung bereits im Spätsommer 2010 im Antrag mit der Drucksache 5/3746 Sofortmaßnahmen, um unverzüglich unsere Kleinsten vor solchen Sexualstraftätern zu schützen. Darüber hinaus prangerte der NPD-Abgeordnete Tino Müller in

seiner Rede die beschämende Informationspolitik des Justizministeriums im Neustrelitzer Mißbrauchsfall an, das augenscheinlich den Schutz von Tätern über den von Opfern stellte.

Ein weiterer Antrag mit der Drucksache 5/3795 („Überwachungspraxis von Triebtätern überprüfen - Sicherheitskonzept FoKuS hinterfragen“) beschäftigte sich besonders mit der Umsetzung des „FoKuS“-Modells. Denn ein mit Mängeln behaftetes Kontrollsystem, welches das Risiko zerstörter Kinderseelen nicht mindern kann, gehört überarbeitet und auf mögliche Verbesserungen überprüft.

Die selbsternannten demokratischen Fraktionen von



TINO MÜLLER
Aktiv im Kampf für die Rechte unserer Kinder.

CDU, SPD über FDP und LINKE hingegen sahen keinen Handlungsbedarf und verweigerten beiden NPD-Anträgen ihre Zustimmung. Tino Müller: „Ablehnungen wie diese beweisen, welche Wertschätzung die etablierte Landespolitik dem Kinderschutz im Land wirklich beimißt.“

Der Streit um illegale Zahlungen sogenannter Fraktionszulagen geht voraussichtlich in die nächste Runde. Das Landesverfassungsgericht Greifswald hat eine Organklage der NPD-Abgeordneten im Schweriner Landtag mit der Begründung zurückgewiesen, diese nicht fristgerecht eingereicht zu haben. Mit der Klage wollten die NPD-Abgeordneten und die NPD-Fraktion erreichen, daß es den Fraktionen der SPD, CDU, FDP und Die Linke untersagt wird, weiterhin rechtswidrige Zulagen an Abgeordnete zu zahlen.

Deshalb will die NPD-Fraktion die Begründung des Gerichtes keinesfalls akzeptieren, da aus den bisherigen Veröffentlichungen des Landtages eben nicht klar hervorging, daß die Fraktionen von SPD, CDU, FDP und Linken verfassungswidrige Zulagen an einzelne Abgeordnete zahlen. Erst der Landesrechnungshof habe die Verwendung der Gelder im Jahre 2010 offengelegt. Erst durch die Prüfung des Landesrechnungshofes im vergangenen Jahr wurde öffentlich, daß die genannten Fraktionen finanzielle Zulagen an Fraktionsmitglieder für die Wahrnehmung besonderer Aufgaben innerhalb der Fraktionen zahlen. Wohlgermerkt: zusätzlich zu den üppigen Diäten.

Die Kläger wollten vom Gericht daher bestätigt haben, daß zusätzliche Zahlungen an bestimmte Funktionsträger aus Fraktionsmitteln unzulässig sind. Eine entsprechende Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes liegt bereits seit 2001 vor; wird aber nach Auffassung der NPD-Fraktion vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern nicht berücksichtigt.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der NPD-Fraktion, Stefan Köster, kommentierte die Gerichtsentscheidung daher folgerichtig:

„Das Landesverfassungsgericht steht scheinbar unter einem enormen politischen Druck. Mit dem juristischen Winkelzug der Verfristung will man sich offenbar vor einer Entscheidung drücken, die in Mecklenburg-Vorpommern einem politischen Erdbeben gleichkäme. SPD, CDU, Linke und FDP zahlen allesamt Funktionszulagen aus und wären bei einem entsprechenden Urteil genauso in der Klemme, wie eine Landtagspräsidentin, die dieses rechtswidrige Treiben auch noch zuläßt. Wir haben jetzt beim Bundesverfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde eingereicht und erwarten eine höchstrichterliche Entscheidung.“

Landtag billigt wieder einmal EU-DIKTAT ZUR HERINGSFANGQUOTE

In 2011 dürfen Kutter- und Küstenfischer in Mecklenburg-Vorpommern weniger als etwa 9.000 Tonnen Ostseehering an Land ziehen. Grundlage dieser Einschränkung ist ein EU-Diktat, welches die Fangquote gegenüber dem letzten Jahr um 30 Prozent kürzte. Das von der EU quotierte Fangkontingent für Hering in der westlichen Ostsee ist somit über einem Zeitraum von 15 Jahren auf ein Viertel zusammengeschrumpft. Hingegen darf in der östlichen Ostsee von Polen und Baltien mehr gefangen werden.

Was diese einseitige Fangquotierung zu Lasten deutscher Ostseefischer im Einzelnen bedeutet, zeigt ein Beispiel aus Ueckermünde: Dort äußerte ein Berufsfischer, der sein Handwerk bereits seit 61 Jahren ausüben konnte, bezüglich sinkender Fangquoten im Westen und steigender Fangquoten im Osten des Binnenmeeres gegenüber der Tagespresse



(NK vom 16.11. 2010): „Das ist doch ein Gewässer. Die Regierungen dieser Länder setzen sich jedenfalls für ihre Fischer ein. Wir spüren das in Deutschland nicht.“

Seit ihrem Landtagseinzug kämpft die NPD-Fraktion mit Anträgen und anderen parlamentarischen Initiativen für die heimische Fischerei, um deren Los zu verbessern und

die jährlich wiederkehrenden existenzbedrohenden EU-Fangquoten zurückzuweisen. In jedem Fall lehnten die „Blockparteien“ CDU, SPD, Linke und FDP - und so auch im Falle eines diesbezüglichen NPD-Antrages - die nationalen Forderungen ab.

Zuletzt in der Plenarsitzung im Oktober 2010 stellte die NPD einen Dringlichkeitsantrag zum Schutz der heimischen Ostseefischerei und zur Zurückweisung drohender Fangmengen Kürzungen im Landtag. Ziel des Antrages mit der Drucksachennummer 5/3837 war es, daß das Land unverzüglich gegen die abermalige EU-Quotenkürzung für Ostseehering in Brüssel interveniert. Stattdessen lehnten die Versagerfraktionen von SPD bis FDP eine Protestnote zur Reduzierung der Fangmenge ab und überließen damit den heimischen Ostseefischern ihrem unvermeidlichen Schicksal.

NPD mahnt Hilfe für Freiwillige Feuerwehren an

In der Januar-Plenarsitzung bekräftigten die NPD-Abgeordneten Udo Pastörs und Tino Müller einmal mehr, daß sich das Land Mecklenburg-Vorpommern endlich offensiv mit der Zukunft unserer Freiwilligen Feuerwehren auseinandersetzen muß. Kleine Anfragen der NPD-Fraktion an die SPD-CDU-Landesregierung brachten zu Tage, daß die Regierenden erschreckende Wissenslücken über den gegenwärtigen Zustand der 1.043 Freiwilligen Feuerwehren im Land haben. Und dies obwohl immer mehr Freiwillige Feuerwehren nicht mehr in vollem Umfang einsatzbereit sind und zweifellos an einem Mitgliederschwund leiden. Finanzielle Engpässe, veraltete Technik und Weiterbildungsdefizite verschärfen noch die schwindende Attraktivität für Bürger, sich vor Ort ehrenamtlich zu engagieren. Oft bleibt dann nur noch die Auflösung oder die Eingliederung der örtlichen Feuerwehren in benachbarte Strukturen.



Für die NPD-Fraktion Anlaß genug, mittels dem Antrag „Wirklichkeitsgetreue Darstellung der Lage der Freiwilligen Feuerwehren im Land M-V und flächendeckende Sicherung des Brandschutzes gewährleisten“ von der Landesregierung ein ungeschöntes Bild über den momentanen Zustand einzufordern. Denn erst auf Grundlage einer realistischen Bestandsaufnahme können Konzepte entwickelt werden, um die Freiwilligen Feuerwehren zukunftsfähig zu erhalten.

Pastörs und Müller mahnten in der Aussprache zum Antrag an, daß endlich wahrheitsgetreue Fakten und

Tatsachen veröffentlicht werden müssen, um sich den aufstauenden Problemen in der ehrenamtlichen Brand- und Katastrophenbekämpfung widmen zu können. Stattdessen höhnte der SPD-Abgeordnete Heinz Müller in seiner Gegenrede, daß die „Schwarzmalerei“ der NPD völlig aus der Luft gegriffen sei und es den Wehren im Land gut gehe. Reaktionen von Altparteien-Politikern wie diese belegen, daß die etablierte Landpolitik grob fahrlässig handelt und die Sicherheit der Bürger gefährdet, indem sie ideologisch begründet die desolate Situation mancher Feuerwehren ausblenden.

DIOXINSKANDAL

Ende 2010 wurde bekannt, daß die skrupellose Futtermittelfirma Harles & Jentzsch aus Schleswig-Holstein für Tierfutter auch dioxinbelastete Mischfett-säure verwendet hatte, die eigentlich für technische Zwecke bestimmt war. Diese mit hochgiftigem Dioxin kontaminierten Futtermittel gelangten in die Tierproduktion von hunderten von landwirtschaftlichen Betrieben. Zeitweise mußten auch Agrarhöfe in unserem Land geschlossen werden.

Im Gegensatz zu SPD/CDU/Linke/FDP begnügt sich die NPD nicht mit Lippenbekenntnissen und forderte im Antrag „Giftmischern das Handwerk legen – Wirksame staatliche Kontrollen bei der Produkti-

on von Lebensmitteln durchführen“ ein konsequentes Durchgreifen des Staates und seiner Behörden. Denn in erster Linie sehen die Nationalen die laschen Eigenkontrollen der Futtermittelbranche als Auslöser des Skandals.

Der NPD-Antrag wurde abgelehnt, obwohl unumstritten nur eine umfassende Stärkung des staatlichen Kontrollregimes und ein erhöhter flächendeckender, engmaschiger Kontrolldruck zielführend sein können. Die NPD-Fraktion machte deutlich, daß sich Lebens- und Futtermittelskandale jederzeit wiederholen können, solange nicht ein starker Staat die kriminelle Energie in der Futtermittelindustrie eindämmt.

Anpassungspflicht für Abwasseranlagen: NPD fest an der Seite unserer Kleingärtner

Als hätten wir in Mecklenburg-Vorpommern nicht genügend Probleme: Wieder einmal wird auf dem Rücken der „kleinen Leute“ in einer unzumutbaren Art und Weise eine Politik auf Biegen und Brechen durchgedrückt. Aktuelle Opfergruppe dieser volksfremden Politik sind derzeit die über 150.000 aktiven Hobbygärtner und Laubenpieper. Diese werden nach einem Erlaß des Landwirtschaft- und Umweltministeriums vom 22.12. 2008 gezwungen sein, spätestens bis zum 31.12. 2013 ihre Abwasserentsorgung nach den technischen EU-Standards umzurüsten.

Gemäß Schätzungen sind hiervon bis zu Zwei Drittel aller etwa 80.000 in Vereinen erfaßten Kleingärten und



etwa 15.000 nicht organisierte Kleingärten betroffen. Und dies wird für die Gartenfreunde teuer. Nicht nur, daß allein die Umrüstung bzw. der Einbau von moderneren Abwasserentsorgungsanlagen im Einzelfall mehrere tausend Euro kosten wird. Auch die Entsorgungsgebühren bei Sammelgruben kommen den Gartenfreund teuer zu stehen.

Die meisten Kleingärtner sind aber schlichtweg nicht in der Lage, die Kosten für die Anschaffung und den Einbau modernerer Abwasserentsorgungsanlagen zu finanzieren. Schon jetzt protestieren Kleingärtner und kündigen an, ihre Parzelle aufzugeben. Dies könnte Dimensionen erreichen, die den Rückgang des traditionellen Kleingartenwe-

sens sowie der landesweiten Laubenkultur unweigerlich zur Folge hätte.

Grund genug für die NPD, den berechtigten Protest über die rigide Anpassungspflicht der Abwasserentsorgung in den Landtag zu tragen. In einem Antrag wurde deshalb gefordert, den Erlaß aus 2008 derart abzuändern, damit die Vorgaben der Gewässerbenutzungsbestimmungen für Grundstücksabwasseranlagen - insbesondere für Kleingartenanlagen - erst bis zum 31.12.2016 umgesetzt werden müssen. Dieser gewonnene Handlungsspielraum müßte dann genutzt werden, um nach sozialen Lösungen und Übergangshelungen nach 2016 suchen zu können. Abgelehnt!

Keine Zweitwohnungssteuer von Berufspendlern!

230.000 Landsleute, und somit jeder dritte sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in Mecklenburg-Vorpommern, muß berufsbedingt seinen Heimatkreis verlassen und sich täglich auf einen langen Weg zur Arbeit machen. Die Arbeitspendlerströme ziehen sich im Flächenbundesland oftmals über mehrere hundert Kilometer. Während etwa 80.000 sogar in andere Bundesländer pendeln, verbleiben 150.000 Berufspendler in Mecklenburg-Vorpommern. Und nicht wenige unter ihnen versuchen diese erzwungene Mobilität zu lindern, indem sie über eine Zweitwohnung an ihrem Arbeitsort verfügen.

Das hiesige Kommunalabgabengesetz erlaubt den Städten und Gemeinden, örtliche Aufwandsteuern zu erheben, worunter auch die Zweitwohnungssteuer fällt. Somit wird es den Kommunen ermöglicht, Berufspendler mit einer Zweitwohnung steuerlich heranzuziehen.

In einem fundierten Sachantrag der NPD-Fraktion wurde deshalb gefordert, Berufspendler mit Zweitwohnung zu entlasten, indem sie von der unbarmherzigen Steuerpflicht befreit werden. Die rot-schwarze Landesregierung sollte gemäß dem Antrag einmal näher prüfen, inwiefern im Rahmen des Kommunalabgabengesetzes eine landeseinheitliche Regelung geschaffen werden kann, um die Zweitwohnungssteuer bei Arbeitnehmern, die aus rein beruflichen Gründen eine Zweitwohnung angemietet haben, generell auszusetzen.

Des weiteren sollte das Land auf Kommunen einwirken, welche die genannte Steuer erheben. Das Ziel auch hier: Befreiung von Arbeitnehmern von der Zweitwohnungssteuer.

Die Nationalen machten in der Plenardebatte deutlich, daß zumindest in steuerlicher Hinsicht eine Entlastung für Berufspendler mit einer Zweitwohnung herbeigeführt werden muß. Denn diese Bereitschaft zur Flexibilität am Arbeitsmarkt darf nicht durch eine zusätzliche Besteuerung bestraft werden. SPD, CDU, Linke und FDP lehnten den NPD-Antrag jedoch ab.

Verbraucherschutz stärken LEBENSMITTELIMITATE BRANDMARKEN!

Um den Verbraucherschutz zu stärken, beantragte die NPD-Fraktion die Hersteller und Verwender von Lebensmittelimitaten öffentlich zu machen.

Bereits im Juli 2009 wurde die gesetzliche Grundlage geschaffen, Lebensmittelpepschern genauer auf die Finger zu schauen. An die Bundesländer erging die Aufforderung, die Überwachung der Lebensmittelherstellung zu intensivieren und die Schummler durchaus auch öffentlich an den Pranger zu stellen.

Geschehen ist im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern hingegen so gut wie nichts. Ob Analogkäse oder Formfleisch, die Täuschung der Verbraucher geht munter weiter. So gibt es neben dem Formschinken auch

reichlich Schinkenimitate, die nur zu rund 50 Prozent überhaupt noch aus Fleisch bestehen, der Rest ist Wasser, Eiweiß, Gellermittel, Stärke und weitere Zusatzstoffe und Aromen. Bei entsprechenden Untersuchungen wurden z. B. in Hessen in der Gastronomie 70 Prozent der verwendeten „Schinken“ beanstandet!

Bundesweit wird der Anteil von Käseimitaten, bestehend aus Pflanzenfett, Eiweiß und Aromastoffen auf über 30 Prozent geschätzt. Die meisten überbackenden „Käsebrötchen“, „Käsecroissants“ oder „Käselaugenstangen“ haben rein gar nichts mit echtem Käse zu tun.

Und gerade auf der so beliebten Pizza findet sich oft alles mögliche, aber selten echter Käse und Schinken.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der NPD-Fraktion, Stefan Köster, forderte in seiner Rede dazu auf, endlich wirkungsvolle Kontrollen einzuführen und den Verbraucherschutz so sicherzustellen. Für dieses wichtige und richtige Ansinnen erntete er beim politischen Gegner und bei den Verantwortlichen ein Achselzucken.

Der Preisdruck bei der Lebensmittelerzeugung fordere halt sein Tribut... Was allerdings an Analogkäse „Lebensmittel“ sein soll und weshalb Verbraucherschutz in Mecklenburg-Vorpommern wenig stattfindet, konnte plausibel nicht dargelegt werden. Und so schummelt man weiter und betrügt das Volk. Hier gleichen sich die Lebensmittelindustrie und die etablierte Politik!

ÄRZTEMANGEL IN MV:

NPD fordert ärztliche Versorgung sicherstellen!

Die Antworten der Landesregierung auf verschiedene Kleine Anfragen zur Problematik legen den Verdacht nahe, daß die Verantwortungsträger über keinen detaillierten Überblick zum Stand der ärztlichen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern verfügen. So wurde aus den Antworten der Landesregierung u. a. deutlich, daß Aktivitäten zu einer Gewährleistung der flächendeckenden medizinischen Versorgung nicht bekannt seien. Trotz alledem kommt die amtierende Sozialministerin Manuela Schwesig (SPD) nicht umhin, öffentlich einzuräumen, daß in Mecklenburg-Vorpommern die „bisherige Bedarfsplanung nicht mehr ausreicht“. Tatsache ist, daß beispielsweise in Greifswald, in Ostvorpommern und in Uecker-Randow von den noch 155 niedergelassenen Hausärzten bis 2020 etwa jeder Dritte in Rente geht.

Der bestehende Ärztemangel, gerade bei Fachärzten und in der Fläche des Landes, ist alltägliche Erfahrung für die Bürger. Es gehört schon eine ordentliche Portion Realitätsverweigerung dazu, die drohende medizinische Unterversorgung nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen. Daher reichte die NPD-Fraktion einen Antrag mit dem Ziel ein, dem bestehenden Ärztemangel zu begegnen und medizinische Unterversorgung schon heute vorzubeugen.

Ein Hauptproblem, das auch dazu führt, daß viele Mediziner von einer Praxistätigkeit Abstand nehmen, ist der bürokratische Aufwand, mit dem die Ärzte seit Jahren zunehmend belastet werden. Und ein Ende dieses Bürokratie-Wahnsinns ist nicht in Sicht. Vielmehr schiebt die Politik die Verantwortung in unzähligen Bereichen durch



unterschiedliche Regelungen auf die Ärzte über.

Der sozialpolitische Sprecher der NPD-Fraktion, Stefan Köster, machte bei seiner Anfrageeinbringung deutlich, daß der Ärztemangel in MV nicht über Nacht hereingebrochen ist. Vielmehr haben die

„Schlafmützen“ in der Landesregierung versäumt, eine vernünftige Bedarfsplanung auf den Weg zu bringen und eine solche dann auch einzuhalten.

Mit Überlegungen, womöglich osteuropäische Ärzte als Lückenfüller anzuheuern, doktort man erneut nur an den Symptomen herum, anstatt die Ursachen zu beseitigen. Gleichzeitig sind solche Gedankenspiele aber auch ein Eingeständnis des Ärztemangels in Mecklenburg-Vorpommern sowie eine Bestätigung für die Notwendigkeit des NPD-Antrages.

Die NPD-Fraktion fordert schon seit langem eine gezielte Ansiedlung von Ärzten in unterversorgten Regionen, was zusätzlich auch als Infrastruktur- und Wirtschaftsförderungsmaßnahme anerkannt werden muß.

DER ORDNUNGSRUF?

Laut Geschäftsordnung „erhalten Landtagsabgeordnete einen Ordnungsruf, wenn sie die Würde und die Ordnung des Hauses verletzen.“ Aber es werden auch unablässig Ausdrücke und Redewendungen willkürlich als „unparlamentarisch“ gerügt. Denn ob ein Abgeordneter die „Würde des Hauses verletzt“, liegt allein im Ermessen der Prä-

sidentin. Und so ernten unsere Abgeordneten für jedes unbequeme Wort einen Ordnungsruf. Doch ehrlich gesagt: den ernten wir gern! Denn wir sind unbestechlich und lassen uns von niemandem den Mund verbieten.

So hielten wir den Namen „Der Ordnungsruf“ für unser Mitteilungsblatt am trefendsten.

Info-Gutschein

Name
Vorname
Straße, Nr.
PLZ, Ort
Telefon
Fax
ePost

Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion. Bitte senden Sie mir ein umfangreiches Materialpaket zu.

Ich möchte das Mitteilungsblatt „Der Ordnungsruf“ abonnieren.

Jahrgang

NPD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern
Schloß, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Tel.: (0385) 525 13 11 Fax: (0385) 525 13 21

Herausgeber: NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern
V.i.S.d.P.: Udo Pastörs, MdL - Lennéstraße 1, 19053 Schwerin - E.i.S.

Diese Veröffentlichung der NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.